

Breslauer Morgenblatt.



Zeitung.

Donnerstag den 17. Juli 1856.

Nr. 329.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Berlin, 16. Juli. Rogen durch eingelaufene Verkaufs-Ordres billiger; pr. Juli 73½ Thlr., Juli-August 63½ Thlr., September-Oktober 60½ Thlr., Oktober-November 56½ Thlr.
Spiritus gleiche Tendenz; loco 39½ Thlr., pr. Juli 37½ Thlr., Juli-August 36½ Thlr., August-Sept. 34½ Thlr., September-Oktober 32 Thlr., Oktober-November 30 Thlr.
Näböl pr. Juli 18 Thlr., Sept.-Okt. 17½ Thlr.

Berliner Börse vom 16. Juli. (Aufgegeben 2 Uhr 20 Minuten, angekommen 7 Uhr 40 Minuten) Leblos. Staatschuld-Scheine 86%; Prämien - Anleihe 113%. Ludwigshafen-Berbach 150. Commandit-Antheile 140%. Köln-Winden 160. Alte Freiburger - . Neue Freiburger - . Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 60%. Mecklenburg 58%. Oberschlesische Litt. A. 206. Oberschles. Litt. B. - . Alte Wilhelmsbahn 210. Neue Wilhelmsbahn - . Rheinische Aktien 116%. Darmstädter, alte, 164%. Darmstädter, neue, 144%. Dessauer Bank-Akt. 115%. Österreichische Credit-Aktien 192%. Österreichische National-Anleihe 86%. Wien 2 Monate 99%.

Wien, 16. Juli. Credit-Aktien 384%. London 10 Gulden 2½ Kr.

Telegraphische Nachrichten.

Petersburg, 13. Juli. Fürst Dolgorukoff, früher Kriegsminister, ist zum Chef der Gensd'armen und der dritten Abtheilung der eignen Kanzlei des Kaisers ernannt worden. (R. B.)

Konstantinopel, 9. Juli. Marschall Pelissier ist aus der Krim hier angelangt; nächstens Sonnabend wird eine große Heerschau bei Daudpachsha abgehalten, sobald ein Diner bei dem Sultan statt. Die deutsche Legion wird nach England eingeschiffet, das französische Lager bei Maslak geräumt. Der schwedische Konul Gille ist gestorben. An der Börse äußert sich eine weichende Tendenz. Der frühere Postdienst zwischen der Krim und Konstantinopel hat aufgehört. (Theilweise Wiederholung der wiener Depesche in Nr. 328 d. 3.)

Verona, 14. Juli. Die hier erscheinende „Specula“ widerlegt aus guter Quelle die über Parma cirkulirenden Gerüchte; eine Meinungsverschiedenheit habe nur zwischen dem Auditorium und den parmesanischen Staatsbeamten stattgefunden; Österreich habe lesteren gewisshafte, weil es die Unabhängigkeit eines jeden Staates achtet. Uebrigens sei das nachbarfreundliche Verhältniß beider Staaten niemals unterbrochen worden.

Fiume, 14. Juli. Die Weizen-, Hafer- und Gersternte ist, Nachrichten aus dem Banate zufolge, sehr befriedigend ausgefallen.

Breslau, 16. Juli. [Zur Situation.] Die Interpellationen im englischen Parlament bezüglich der italienischen Frage haben zu keinem Resultat geführt, vielmehr ist man nach einer nichtssagenden Erklärung des Lords Palmerston und Clarendon in den resp. Häusern von dem Antrage abgestanden.

Inzwischen hat das wiener Kabinett auf die neapolitanische Note, deren wir gestern gedachten, mit einer nicht unbedeutlichen Androhung einer Intervention der Westmächte geantwortet, und im nördlichen Italien überbieten sich Österreich und Piemont in Demonstrationen, welche, wenn auch für jetzt noch keine Gefahr bietend, doch der unruhigen Stimmung Italiens frische Nahrung geben müssen. Österreich läßt Truppen an die Grenze marschiren, und Piemont betreibt die Besetzung Alessandria's, indem zugleich der betreffende ministerielle Rapport die Börsenrichtung eines nahen Angriffs ausspricht oder heuchelt.

Aus Madrid kommt uns die Kunde des unerwarteten Rücktritts Spartero's aus dem Kabinett, dessen Neubildung O'Donnell übernommen hat. Die näheren Umstände oder Motive der Krisis sind noch nicht bekannt, wenngleich sich vermuten läßt, daß die kaum gedämpften Unruhen, deren wahre Ansichten zu verfolgen der Hof vielleicht sich weitert, die Veranlassung gaben.

Die Nachrichten aus Frankreich sind ohne Belang; außer daß Graf Morny, oder doch mindestens Gepäck und Dienerschaft, endlich auf dem Wege nach Petersburg sind.

Der Rücktritt des Lord Hardinge vom Oberkommando der englischen Armee soll seinen Grund in der beabsichtigten Reorganisation der britannischen Streitmacht haben, welche zugleich die Miliz und die Linientruppen angehen würde. Wie es heißt, sollen erstere künftighin eine gewisse Zeit lang an den Übungen der legeren Theil nehmen, auch einen eigenen Generalstab erhalten, um auf diese Weise der Regierung im Fall der Noth eine mehr bereite Vertheidigungskraft zu gewähren. Die Linie aber soll einen besonderen General-Inspektor und die Kavallerie gleichfalls einen kommandirenden General erhalten.

Mit dieser Organisation soll dann zugleich ein kräftigeres System der Küsten-Vertheidigung verbunden werden, welches Namens der Admiraltät von Mr. Hayter im Unterhause beantragt werden soll.

Die Nachrichten aus London, welche den Termin der Vermählung Sr. E. H. des Prinzen Friedrich Wilhelm mit der Prinzessin Royal auf den 1. Sept. f. J. festsetzen, scheinen voreilig zu sein. Wie uns aus Berlin berichtet wird, ist in dieser Beziehung noch nichts festgesetzt, ein naher Termin aber wegen der Jugend der hohen Verlobten, nicht wahrscheinlich.

Preußen.

Berlin, 15. Juli. Die Verhandlungen des englischen Parlaments unterbrechen noch zuweilen durch einen frischen Hauch die allgemeine Windstille, welche der Hochsommer über die europäische Politik gebracht hat. Namentlich werfen die Debatten der letzten Tage ein interessantes Licht auf die Stellung, welche England gegen Österreich einnimmt. An der Donau, wie am Po und an der Elbe, wird die österreichische Politik von den misstrauischen Blicken der britischen Diplomaten bewacht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in Bezug auf die Donau-Fürstenthümer-Frage die Ansichten Österreichs und Englands noch immer so stark divergieren, daß selbst dem vermittelnden Einflusse des Tuilerien-Kabinetts eine versöhnende Annäherung leicht gemacht werden wird. Und hierbei handelt es sich zunächst um die Interessen der Türkei; es ist ein Streit um die Sache eines Dritten. Viel empfindlicher wird Österreich bei der Regelung der Donau-Schiffahrt betroffen, weil hier seine eigenen Interessen und Rechte unmittelbar im Spiele sind. Lord Palmerston hat in Parlamente erklärt, daß der Grundsatz der freien Schiffahrt auf den ganzen Lauf der Donau Anwendung finden müsse, also auch auf

den oberen schiffbaren Theil des Flusses, welcher österreichisches Gebiet durchschneidet. Der englische Minister ist hierbei in seinem vollen Rechte, da nach dem Artikel 15 des Friedensvertrages vom 30. März 1856 die Bestimmungen der wiener Kongress-Akte in Betreff der Schiffahrt auf den zu verschiedenen Ländern-Gebieten gehörigen Flüssen auf die Donau selbst nicht weniger, als auf ihre Mündungen anwendbar sein sollen. Als die pariser Konferenz über diesen Gegenstand in Berathung war, gaben sich die Bevollmächtigten des wiener Kabinetts alle erdenkliche Mühe, um ihrer Regierung die unbeschränkte Freiheit in Betreff der Schiffahrt auf der oberen Donau zu wahren, indem sie hervorhoben, daß die Angelegenheiten der oberen Donau gar nicht Anlaß zu einem Streite zwischen den Beteiligten gegeben hätten und deshalb auch nicht zum Gegenstande des Friedensvertrages werden könnten. Sie trafen jedoch auf den entschiedenen Widerstand sowohl Frankreichs als Englands, deren Vertreter erklärten, daß es sich hier um die allgemeine Frage der freien Schiffahrt auf der Donau handle und daß Österreich zu sehr bevorzugt sein würde, wenn es auf der oberen Donau freie Hand behielte, denn Handel und der Schiffahrt des Auslandes lästige Hemmungen entgegen zu stellen, während es gleichzeitig die Vortheile der freien Schiffahrt auf der unteren Donau im ganzen Umfange ausbeuten könnte. Die österreichischen Bevollmächtigten fanden sich genötigt, dem Andringen ihrer Dezember-Verbündeten nachzugeben, und nicht allein die oben erwähnte Fassung des Artikel 15 anzunehmen, sondern auch, nach vergeblichem Widerspruch, die Zulassung Bayerns und Württembergs in die Uferstaaten-Kommission zu ziehen. Wie aus den Erklärungen des britischen Premier-Ministers erhebt, scheint England entschlossen, darüber zu wachen, daß Österreich, gleich den übrigen Ufer-Staaten, den im Artikel 15 enthaltenen Verpflichtungen vollständig nachkomme. Man könnte daher wohl mit einem Grunde behaupten, daß Österreich zu den „Befestigten“ des orientalischen Krieges gehört, infosfern es gezwungen wurde, den Frieden durch ein Opfer an seinen Sonder-Interessen und an seinen Souveränitätsrechten zu erkauften. — Alle Mittheilungen, welche verschiedene Blätter in jüngster Zeit über den weiteren Verlauf der zwischen den deutschen Großmächten und Dänemark schwedenden Controverse gebracht haben, gehören in das Gebiet der Conjectural-Politik. Wir leben jetzt nicht in der Zeit der fähnen Griffe; zu entscheidenden Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich fehlt aber schon deshalb die Veranlassung, weil das dänische Kabinett mit einer Antwort auf die Vorstellungen der deutschen Groß-Staaten bisher noch im Rückstande ist. Wenn in jüngster Zeit Verhandlungen zwischen Berlin und Wien gepflogen worden sind, so hatten dieselben wohl nicht die dänische Frage, sondern einige materielle Angelegenheiten, die Erleichterung des Verkehrs zwischen den beiderseitigen Gerichts-Behörden und den gleichen Dingen von untergeordneter Bedeutung zum Gegenstande.

± Berlin, 15. Juli. Das Gesetz vom 30. Mai 1820 bestimmt, daß die Säze der Gewerbesteuer nach dem Umfange des Geschäfts von 6—12 Thlr. mit 2 Thlr., von 12—36 Thlr. mit 6 Thlr. und von 36 Thlr. bis zu höheren Beträgen mit 12 Thlr. steigen sollen. Die Handelskammer von Duisburg glaubt, daß diese Steigerung zu wenig Raum läßt, um Geschäfte, die in ihrem Umfange oft mehr zusammenliegen, ohne daß eine gleiche Besteuerung für sie als zulässig erschiene, entsprechend einzuschätzen. Sie hat daher an das Handelsministerium ein Gesuch gerichtet, in welchem sie es für wünschenswerth bezeichnet, zu den bestehenden Regierungssätzen die den vielen Abstufungen in dem Umfange von Geschäften derselben Abtheilung mehr und möglichst nahe zu entsprechen geeignet sind. Gleichzeitig wird darauf hingedeutet, daß es zu erwägen sein würde, die gewöhnlichen Establissemens vom Lande mit denen in der Stadt in Bezug auf ihre Steuerpflicht gleich zu stellen, also unter beide einen Verband zu bringen und von derselben Einschätzungs-Kommission nach denselben Grundsätzen, die für die städtischen Geschäfte gelten, zur Gewerbesteuer heranzuziehen.

Das Handelsministerium hat in Rücksicht auf die jetzige Speulations-Wut, Kredit-Anstalten aller Art und in dem größten Umfange zu gründen, eine Zusammensetzung der neuesten britischen und französischen Gesetzes-Vorlagen über Aktien-Gesellschaften gemacht, und dieselbe dem Handelsstande zur Kenntnis gebracht.

Die Angaben über den Zeitpunkt, wenn die Vermählung Sr. E. H. des Prinzen Friedrich Wilhelm mit Ihrer königlichen Höhe des Prinzen Friedrich Wilhelm mit Ihrer königlichen Höhe der englischen Prinzessin Victoria stattfinden soll, sind als verfrühte zu bezeichnen, da bis jetzt darüber Nichts festgesetzt ist. Man erfährt nur, daß vorläufig die zweite Hälfte des kommenden Jahres für den feierlichen Akt bestimmt sein soll. Bei der großen Jugend der Prinzessin, welche am 21. Novbr. erst ihr 16. Lebensjahr vollendet, dürfte die Hochzeit bis spät in den Herbst hinein vertagt werden. Die Festsetzung des Termins für die Vermählungsfeierlichkeit ist einer späteren Vereinbarung zwischen den beiden Höfen von Berlin und London vorbehalten. — Wie man hört, werden der Prinz-Régent von Baden und die Prinzessin Louise nach dem hier selbst vollzogenen Traubankette und nach dem darauf abgehaltenen großen Hoffeste zunächst sich nach Karlsruhe begeben, wo das hohe Paar auf das Feierliche eingeholt werden soll, und wo badischerseits große Feierlichkeiten zur Vermählung des Prinz-Régenten veranstaltet werden sollen. Darauf wird das erlaute Paar eine kurze Reise nach dem Süden Badens machen, um die Glückwünsche des Volkes entgegen zu nehmen. Im nächsten Frühjahr werden die Neuvermählten nach Koblenz gehen, und von dort nach London reisen, um dem englischen Königshofe einen Besuch abzustatten.

Berlin, 15. Juli. Es ist Thatsache, daß trotz aller Bemühungen für das Gegenheil die Zahl der sich dem Studium der Theologie widmenden jungen Leute eben so sehr in Abnahme begriffen ist, wie sich die Zahl junger Männer aus den sogenannten vornehmen Ständen,

die sich der Industrie und dem Handel in seinen verschiedenen Beziehungen zuwenden, im Wachsen befindet. Es bleibt für uns fraglich, ob es durch eine gegenwärtig protegierte Maßregel, in Folge deren in allen Landestheilen provinzielle Stipendien zu Gunsten junger Theologie Studirende begründet werden sollen, gelingen werde, ein anderes Verhältniß herbeizuführen. — Gestern Abend hielt in Posen das dort behufs Errichtung einer Provinzialbank zusammengetretene Komitee eine Sitzung, in der beschlossen wurde, den Plan mit aller Energie weiter zu verfolgen und sich, um nur jedenfalls das Projekt, dessen Verwirklichung für die Provinz im höchsten Grade ein Bedürfnis ist, zur Ausführung zu bringen, erforderlichenfalls selbst in die beschrankten Bestimmungen des Handelsministeriums zu führen. Eine besondere Kommission ist damit beauftragt worden, sich mit Beschaffung der erforderlichen Lokalität und der geeigneten Persönlichkeit für die Direktorenstelle zu beschäftigen, um in dem Moment, wo die Konvention erfolgt, sofort mit der eigentlichen Wirklichkeit zu beginnen. — Als ein Belag, wie sehr man in den letzten drei Tagen an die Verwirklichung des Gerüchs über bevorstehende Maßregeln der Regierung gegen die Kommandit-Gesellschaften glaubte, führen wir das in mannigfacher Beziehung interessante Faktum an, daß die 16 großen Firmen, welche das Gründungs-Komitee der berliner Handelsgesellschaft bilden, vorgestellt das ganze zur Vollzahlung der sämmtlichen Kommandit-Antheile erforderliche Kapital angewiesen hatten, um so viel als thunlich diese Anteile gegen die Folgen dieser eventuellen Maßregeln zu schützen. Das Unterbleiben dieser Schritte hat die Ausführung dieses Vorhabens bekanntlich nicht nothwendig erscheinen lassen. (B. B. 3.)

Se. Majestät der König haben allernächst geruht, daß in der „Allgem. deutschen Verlags-Anstalt“ hier selbst erschienene Werk: „Die Rückkehr zur Ordnung“, von Carl v. Forstner, von dem Verfasser entgegenzunehmen und denselben als ein Merkmal Allerhöchsteiner Anerkennung dessen literarischer, von konservativem Geist zeugenden Arbeiten eine goldene Tabatiere, von einem höchst huldreichen Kabinets-schreiben vom 28. Juni d. J. begleitet, zu übersenden.

Stralsund, 12. Juli. [Königl. Marine.] Mit dem heutigen Tage sind die auf dem Bock bei Hiddensee stattgehabten Schießversuche mit den 25-pfündigen Bombenfanonen beendet. Der Artillerie-Direktor und interimistische Deponent für Artillerie bei der Admiralität, Major Scheuerlein, leitete die Übungen. Schießversuche in weiterer Ausdehnung sind zur Bestimmung der Schüttafeln und der Wahrscheinlichkeit des Treffens der neu eingeführten preuß. Marine-Geschüze von der Admiralität angeordnet, welche am 17. d. M. bei Danzig (Neufähr) beginnen sollen. Auch ein Theil des hier stationirten Seesoldaten-Detachements ist mit Dampfschiff nach Neufähr zu diesen Versuchen herangezogen worden. (M. Pr. 3.)

Oesterreich.

* Wien, 15. Juli. Das heute früh 7 Uhr ausgegebene Bulletin lautet: „Das Befinden Ihrer Majestät der Kaiserin war den gestrigen Tag über sehr befriedigend. Gegen Abend stellten sich die gewöhnlichen Erscheinungen eines leichten Malaria-Erkers ein, welche sich über die Nacht wieder verloren. Des ungeachtet haben Ihre Majestät mit Unterbrechungen ruhig geschlafen. Der Gesundheitszustand der neugeborenen Erzherzogin läßt nichts zu wünschen übrig.“

△ Eine telegraphische Nachricht aus Bukarest vom 9. Juli meldet: Heute hat eine Proklamation des Fürsten Stirbez allgemein überrascht. Der Fürst hat sich nach Bistrița zurückgezogen und alle Regierungsgewalten einem Provisorium übergeben. Hier ist alles ruhig. Das Hotel, welches den suzeränen Kommissar aufnehmen soll, ist bereits hergerichtet. — Einer anderen uns zugekommenen Meldung folge hat Stirbez' Sohn Aussichten, zum Kaimafam ernannt zu werden.

Frankreich.

?? Paris, 13. Juli. Wenn gewisse Blätter, worunter vor Allen die „Indépendance“, das Schreiben für unecht erklären, daß der Graf von Paris an Herrn Roger du Nord gerichtet, so spielen sie bloss mit Worten. Allerdings lautete das Schreiben wörtlich nicht gerade so, (wie wir es mitgetheilt) weil es bloss aus der Erinnerung so hingeworfen war. Der wesentliche Inhalt aber war darin zu finden, und die letzte Phrase, die auf das Testament Bezug hat, war ganz genau so, wie wir sie angegeben. Das Schreiben soll hier vom Marquis Bouillet entworfen worden sein und war Anfangs für Herrn Thiers bestimmt; aus welchen Gründen es aber später an Herrn Roger du Nord gerichtet wurde, läßt sich nur errathen. Herr Thiers benimmt sich sehr vorsichtig und vermeidet Alles, was ihn kompromittieren könnte. Das Bekanntwerden des Schreibens war nicht geeignet, die Einigkeit im Lager der Royalisten wieder herzustellen. Die Herren Guizot und Salvandy, die als Vorfichter der Fusion gelten können, sind im höchsten Grade gereizt über ein Auftreten, das alle ihre mühsamen Bestrebungen zu vernichten droht. General Trezel, welcher die Funktion eines Gouverneurs des Grafen bisher bekleidete, hat gleich darauf diese Stellung niedergelegt, indem er innig überzeugt ist, daß nur in der engsten Vereinigung beider Bourbonenzweige die Möglichkeit einer Restauration des Könighums beruhe. An General Trezel's Stelle ist General Droulénvaux getreten, der auch den Grafen auf einer Reise nach den nordischen Höfen begleiten soll. Prinz Joinville, welcher bekanntlich am spätesten von seinen Brüdern die Zweckmäßigkeit, wenn nicht die Nothwendigkeit erkannte, die Ansprüche des Hauses Orleans dem legitimen Prätendenten unterzuordnen, soll seinem Neffen sehr lebhafte Vorstellungen über seine Uebereilung gemacht haben, und soll in seinem Schreiben den Ausdruck gebraucht haben, daß der Graf überdebütre. Wie angedeutet, bedauern alle ehrlichen Royalisten, die alte Debütire. Wie angedeutet, bedauern alle ehrlichen Royalisten, die alte Debütire. Spannung, die nicht zum Heile ihrer Sache ausschlagen könne. Mit Spannung sieht man hier dem Resultat der Interpellation entgegen, Spannung, die nicht zum Heile ihrer Sache ausschlagen könne. Man darf voraussehen, daß das englische Gouvernement nicht

